

Liebe Friedensaktivistinnen und Aktivisten,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Sich aktiv für den Frieden einzusetzen war noch nie so wichtig wie heute!

Am 1. September 2019 ist der Beginn des 2. Weltkrieges 80 Jahre her.

Der Antikriegstag ist traditioneller Gedenk- und Aktionstag gegen Krieg und Unterdrückung.

Friedensgruppen überall in Deutschland erinnern an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall der Deutschen auf Polen am 1. September 1939.

Damals wurde massivst aufgerüstet, der 2. Weltkrieg kostete insgesamt 55 Millionen Menschen das Leben. Es waren 60 Staaten beteiligt, 110 Mio Menschen standen unter Waffen.

Und heute?

80 Jahre später und eigentlich sollten wir doch auch 80 Jahre schlauer sein, wurde nichts gelernt.

Wir sind nicht schlauer.

Denn: Krieg ist ein ertragreiches Geschäft.

Es wird nun wieder beabsichtigt aufzurüsten.

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) nahezu zu verdoppeln.

Zwei Prozent, das sind weitere Milliarden von Euros, die im zivilen Bereichen fehlen, beim ökologischen Umbau unseres Landes, gerade ist das Gesetz zum Kohlerevier Strukturwandel am Entstehen: es werden in den kommenden Jahren Milliarden benötigt, Geld wird fehlen bei:

der Gestaltung von Klimagerechtigkeit, bei Bildung, beim sozialen Wohnungsbau, beim öffentlichem Nahverkehr, bei der kommunalen Infrastruktur und bei der internationalen Hilfe für andere Länder.

Solche immensen Ausgaben für das Militär sind weder angebracht noch haushaltspolitisch sinnvoll und schon gar nicht sichern sie den Frieden.

Wünsche der deutschen Verteidigungsministerin nach Milliarden für die nukleare Teilhabe, z.B. Raketenträgersysteme und Flugzeuge sind fehl am Platz.

Die Fixierung von Verteidigungsausgaben auf eine relative Ausgabenhöhe hat meiner Meinung nach zudem rein gar nichts mit

gelungener Sicherheitspolitik zu tun.

Militärisch werden internationale Probleme nie gelöst.

Denn das Leid, das Elend, die Brutalität, die Zerstörungen, Vertreibung, Flucht und Tod ist das was am Ende bleibt.

Und das sind dann internationale Probleme in einer globalisierten Welt.

Jedes Jahr verkauft Deutschland für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt – wir Deutsche verkaufen mehr als jedes andere Land in Europa, nein Frankreich hat uns 2018 und 2019 überholt...

Unsere traurige deutsche Spezialität sind übrigens Kleinwaffen.

Deutschland gehört weltweit zu den größten Herstellern von Kleinwaffen, d.h. von Sturmgewehren, Pistolen und Revolvern.

Das deutsche Unternehmen Heckler & Koch zählt zu den weltweiten Marktführern.

Kleinwaffen müssen als die Massenvernichtungswaffen von heute gesehen werden.

Durch die rund 875 Millionen!!! weltweit im Umlauf befindlichen

Gewehre, Maschinenpistolen und Pistolen werden laut Angaben von UNICEF mehr Menschen getötet, als durch alle anderen Waffen.

Die Bundesregierung bescheinigt sich selbst eine strenge Genehmigungspraxis bei Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.

Das steht jedoch im krassen Widerspruch zu den Fakten: Deutschland ist weltweit der viertgrößte oder fünftgrößte Exporteur von Militärgütern.

Deutschland mischt trotz weniger Ausfuhrgenehmigungen jedenfalls weiter ganz vorne mit.

Weltweit nimmt der Waffenhandel immer und immer weiter zu.

Es gibt rund 200 Länder auf unserer Welt, 140 Länder davon sind ganz legal Kunden der deutschen Rüstungsindustrie.

Die neuen Zahlen im ersten Halbjahr 2019 sprechen für sich:

### **Rüstungsexportgenehmigungen im ersten Halbjahr 2019**

Für das erste **Halbjahr 2019** genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von **€ 5.329.994.096**.

**Nochmal? 5,3 Milliraden! Euro.**

Zu den Top Empfängern zählen neben **Ungarn (€ 1.760.812.806)** und den Vereinigten Staaten (€ 267.069.555) auch **sechs Drittländer. Das sind Länder die nicht mit der Nato Verbündete sind.**

**Darunter Ägypten (€ 801.763.932), die Vereinten arabischen Emirate (€ 206.109.936), Katar (€ 164.567.611) und Kuwait (€ 74.213.261).**

Damit ist das Spitzenjahr der deutschen Waffenexporte 2018 noch einmal getoppt!

Zu diesen massiv angestiegenen Waffenexporten kommt das riesengroße Problem der nur lückenhaften Exportkontrollen.

Es wird überhaupt nicht kontrolliert wo die Waffen und Kriegsgeräte landen, also der Endverbleib in den Empfängerländern, sondern es wird auf die Eigenverantwortung der Empfänger der Waffen und Rüstungsgüter gesetzt.

Die Empfänger dieser deutschen Waffen und Kriegsgeräte müssen

lediglich eine Endverbleibserklärung unterzeichnen.

Mit diesem Vorgehen entledigt sich unsere Bundesregierung Ihrer politischen Verantwortung.

Und gerade deswegen ist es wichtig heute hier zu stehen, diesen Tag mit vielen, vielen anderen Friedensinitiativen gemeinsam zu begehen.

Sich aktiv für den Frieden einzusetzen war wirklich noch nie so dringend wie heute!

Danke an alle die heute hier sind,

Danke an die Organisatorinnen und Organisatoren

Danke an das Erlanger Bündnis für den Frieden

Die **nukleare Teilhabe** ist ein Konzept innerhalb der [Abschreckungspolitik](#) der [NATO](#), das Mitgliedsstaaten ohne eigene [Nuklearwaffen](#) in die Planung des Einsatzes von Nuklearwaffen und in den Einsatz der Waffen selbst durch die NATO einbezieht. [Britische](#) und [französische](#) Nuklearwaffen waren nie als Instrumente zum Schutz europäischer NATO-Partner konzipiert.<sup>[1]</sup> Dem transatlantischen Bündnis, das sich auch als „nukleares Bündnis“ versteht, ging es bislang mit der Konzeption der nuklearen Teilhabe darum zu demonstrieren, dass die [USA](#) in der Lage und willens seien, mit ihren Atomwaffen bedrohte europäische NATO-Mitgliedsstaaten ohne eigene Nuklearwaffen zu schützen.

Zur nuklearen Teilhabe gehört, dass die beteiligten Staaten in einschlägigen Gremien mitberaten und entscheiden, dass sie technische Voraussetzungen zum Einsatz von Nuklearwaffen – zum Beispiel geeignete Flugzeuge oder Raketenträgersysteme – bereithalten und auf ihrem Territorium Nuklearwaffen lagern. Im Kriegsfall können die Teilhabestaaten Nuklearwaffen unter US-amerikanischer Kontrolle einsetzen.

Das Konzept der nuklearen Teilhabe sieht vor, dass die in den nichtnuklearen Staaten gelagerten Nuklearwaffen im Frieden stets unter US-Hoheit bleiben sollen und dass dies auch im Kriegsfall bis zu ihrer Zündung der Fall sein soll. Über die nötigen Codes verfügt demnach nur die US-Führung; sie unterliegen strengster Geheimhaltung.